

# Presse- Mitteilung

Industriegewerkschaft  
Bauen-Agrar-Umwelt  
Bundesvorstand

Pressestelle

Olof-Palme-Str. 19  
60439 Frankfurt a. Main

Tel.: 069 - 95 73 7 - 135  
E-Mail: [presse@igbau.de](mailto:presse@igbau.de)  
[www.igbau.de](http://www.igbau.de)

16. März 2021

## „Neben Umwelt- und Artenschutz auch Arbeitnehmerrechte verankern“ **IG BAU: EU-Agrarsubventionen an Sozialstandards knüpfen – Bund und Länder beraten am Mittwoch**

Vor dem Hintergrund der Debatte um die Gemeinsame Europäische Agrarpolitik (GAP) fordert die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) Bund und Länder dazu auf, die Vergabe von Fördermitteln an die Einhaltung von Sozialstandards zu knüpfen.

„Bundesagrarministerin Julia Klöckner will die GAP möglichst schnell in deutsches Recht umsetzen. Dabei drohen wichtige Themen auf der Strecke zu bleiben. Neben den Umwelt- und Artenschutzaspekten muss sich Politik auch zu fairen Löhnen und Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft bekennen“, fordert der stellvertretende IG BAU-Bundesvorsitzende, Harald Schaum. An diesem Mittwoch berät die Agrarministerkonferenz in einer Sondersitzung über die Ausgestaltung der EU-Agrarpolitik.

„Die Zahl der abhängig Beschäftigten in der Landwirtschaft steigt seit Jahren an. Doch viele von ihnen können von ihren Löhnen kaum leben. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes verdient jeder zweite der rund 660.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland weniger als 2.000 Euro brutto im Monat“, so Schaum. Um ihre Lage zu verbessern, spricht sich der Gewerkschafter dafür aus, die Vergabe von EU-Agrarsubventionen an die Einhaltung von Tarifverträgen zu koppeln.

Auch die rund 350.000 Saisonbeschäftigten in Deutschland, die etwa in der Spargel-, Erdbeer- und Gurkenernte arbeiteten, müssten besser geschützt werden. Häufig bleibe ihnen eine angemessene Unterkunft und ein voller Krankversicherungsschutz verwehrt. „Bund und Länder müssen hier nachsteuern. Deutschland darf sich kein Agrar-Prekariat erlauben“, betont Schaum. Mehrere Corona-Ausbrüche auf Bauernhöfen im vergangenen Jahr hätten deutlich gemacht, dass die Belange der überwiegend aus Osteuropa stammenden Hilfskräfte ernster genommen werden müssten.

Zugleich solle der klimagerechte Umbau der Landwirtschaft forciert werden. „Statt Subventionen allein nach der landwirtschaftlichen Fläche zu vergeben, müssen die Öko-Regelungen, sogenannte Eco Schemes, mehr Berücksichtigung finden. Hier geht es auch um den Arbeitsschutz der Beschäftigten, die durch den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln wie Glyphosat gesundheitliche Folgen davon tragen können“, so Schaum weiter.